

Jürgen Rausch

Ökonomie, Verantwortung und Ordnung im Umbruch: Polarisierung, Unternehmensethik und christdemokratische Perspektiven

Ein Essay mit Blick auf die transatlantische Gegenwart und ordnungspolitische Impulse für eine resiliente Gesellschaft

I. Politische Entgrenzung, ökonomischer Druck und kulturelle Verantwortung

Die politische Kultur westlicher Demokratien ist im Umbruch. Mit der Präsidentschaft Donald Trumps wurde nicht nur das politische Koordinatensystem der USA verschoben – auch internationale Normen ethischen, institutionellen und wirtschaftlichen Handelns gerieten ins Wanken. Der Aufstieg der MAGA-Bewegung brachte eine dezidiert antiinstitutionelle, populistisch-antipluralistische Strömung hervor, die in ihrer Ablehnung von Diversitätsprogrammen, Klimapolitik und internationalen Verpflichtungen weit über parteipolitische Differenzen hinauswirkt. Unternehmen befinden sich zunehmend im Zentrum dieser kulturellen Auseinandersetzungen. Ihre Entscheidung, gesellschaftliche Verantwortung etwa im Bereich Diversity, Umwelt oder Gleichstellung sichtbar wahrzunehmen, wurde zunächst positiv bewertet – als Ausdruck von Stakeholderorientierung, gesellschaftlichem Wandel und Innovationsstrategie. Doch je stärker sich politische Konfliktlinien zuspitzten, desto stärker gerieten auch die unternehmerischen Ethikprogramme selbst unter Druck.

Großkonzerne wie SAP, Deutsche Bank oder Meta passten in ihren US-Niederlassungen ihre Diversity-, Equity- und Inclusion-Programme (DEI) an oder reduzierten sie – nicht zwangsläufig aus ideologischer Nähe zur MAGA-Linie, sondern vor dem Hintergrund juristischer Unsicherheiten, regulatorischer Spannungen und öffentlicher Polarisierung. DEI-Strategien zielen auf eine gerechte Teilhabe unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, den Abbau struktureller Benachteiligung und die Förderung vielfältiger Perspektiven im Unternehmen – sowohl aus ethischen als auch aus leistungsbezogenen Gründen.

Dabei werden grundlegende Prinzipien guter Unternehmensführung berührt. In Deutschland unter-

streicht der Deutsche Corporate Governance Kodex (2022) ausdrücklich die Pflicht zur Integration ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele in die Unternehmensstrategie. Die Einhaltung von Ethikstandards, die Einrichtung von Compliance-Strukturen und transparente Berichterstattung gelten als Kernelemente einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

II. Ethik, Vielfalt und Governance – deutsche und schweizerische Perspektiven

In Deutschland hat sich die wirtschaftsethische Debatte über Diversity und Corporate Social Responsibility (CSR) in den letzten Jahren versachlicht, jedoch nicht entpolitisiert. Wissenschaftlerinnen wie Andrea Kienlin, Thomas Beschorner oder Ulrich Hemel verweisen darauf, dass DEI-Maßnahmen keinen ideologischen Selbstzweck erfüllen, sondern empirisch fundiert und strategisch legitimiert sein müssen. Unternehmen sollen sich gesellschaftlich verantwortlich zeigen – aber auf Basis überprüfbarer Strukturen und im Rahmen rechtsstaatlicher Spielregeln.

Auch in der Schweiz nimmt die Diskussion um Unternehmensethik und Diversität an Fahrt auf. Die 2023 in Kraft getretene Verordnung über Transparenz bei nichtfinanziellen Belangen (VToB) verpflichtet große Unternehmen zur Offenlegung ihrer Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken. Der Schweizer Wirtschaftsdachverband economiesuisse unterstützt diese Entwicklung prinzipiell, verweist aber auf die Notwendigkeit pragmatischer, auf Freiwilligkeit basierender Lösungen.

Schweizer Unternehmen wie Novartis, Swiss Re oder UBS verfolgen – ähnlich wie ihre deutschen Pendanten – DEI-Strategien, die zunehmend als Teil moderner Führungskultur und Talentförderung verstanden werden. Gleichzeitig gibt es auch hier Gegenbewegungen: Sowohl in politischen Parteien als auch im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Skepsis gegenüber „zu starker Normierung“ kultureller Diversität sichtbar – ähnlich wie im internationalen Trend.

Die Schweiz steht damit exemplarisch für eine „Verantwortung zwischen Neutralität und Internationalisierung“: Sie muss einerseits globale Standards anerkennen, andererseits nationale Sensibilitäten beachten. Eine Ethik der Mitte, der Dialog- und Risikokompetenz ist daher zentral.

III. Staat und Wirtschaft in Verantwortung

Die Europäische Union, verstanden als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft, steht derzeit selbst im Spannungsfeld zwischen notwendiger Ordnungspolitik und wachsender Kritik an übermäßiger Regulierung. Umso wichtiger ist es, dass sie nicht als Bürokratieinstrument wahrgenommen wird, sondern als gestaltende Ermöglichungsstruktur für wirtschaftliche Freiheit, gesellschaftliche Verantwortung und soziale Teilhabe.

In dieser Perspektive kann die EU ordnungspolitische Impulse setzen, nicht durch Überregulierung, sondern durch klare, subsidiäre und demokratisch legitimierte Rahmenbedingungen, die Unternehmen befähigen, ihre ökonomische Leistungsfähigkeit mit sozialer Verantwortung und ökologischer Nachhaltigkeit zu verbinden.

Gerade in Zeiten globaler Verunsicherung braucht es ein Europa, das sich nicht nur als Binnenmarkt, sondern als kulturell geeintes Projekt eines freiheitlichen, sozialen und prosperierenden Wirtschaftsraums versteht – mit dem Anspruch, weltweit Maßstäbe für verantwortliches und zukunftsfähiges Wirtschaften zu setzen. Ein solcher Ordnungsrahmen ist kein Korsett, sondern Ausdruck einer Befähigungskultur, die Innovation, Vielfalt und Gemeinwohlorientierung gleichermaßen fördert. Dass dieser Weg tragfähig ist, zeigt ein Blick in die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland etwa – oft als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet – beruhte wesentlich auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die von ordoliberalen Vordenkern wie Walter Eucken, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack geprägt wurden. Ihr Leitbild verband leistungsorientierten Wettbewerb mit sozialem Ausgleich und setzte auf die regulative Kraft klar definierter Märkte, nicht auf staatliche Detailsteuerung. Diese historischen Erfahrungen machen deutlich: Wo wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung durch ein stabiles, rechtlich gesichertes Ordnungsgefüge vermittelt werden, entsteht Vertrauen – in Märkte, Institutionen und Zukunftsfähigkeit. Eine moderne Europäische Union, die sich auf diese Wurzeln besinnt und sie an heutige Herausforderungen anpasst, kann zur tragenden Kraft einer neuen ökonomischen Kultur des Maßes und der Verantwortung werden.

IV. Schluss: Maß und Mitte in polarisierten Zeiten

Die Frage nach der Rolle von Unternehmen im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung, politischer Polarisierung und normativer Überforderung lässt sich nicht durch simplifizierende Parteinahmen beantworten. Sie verlangt nach Integrität, Transparenz – und vor allem nach einem klaren Ordnungsrahmen.

Eine christdemokratische Politik, die sich ordoliberalen Prinzipien verpflichtet fühlt, muss heute mehr sein als Erbin vergangener Modelle. Sie muss in der Lage sein, alte Einsichten – wie die vom Primat der Ordnung gegenüber der Macht – mit neuen Herausforderungen zu verbinden.

Das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands (2024) betont in diesem Sinne die Verbindung von Freiheit, sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit – eingebettet in eine europäische Ordnung, die den Ausgleich zwischen Marktdynamik und Gemeinwohl, zwischen Innovation und ethischer Orientierung aktiv gestalten will. Besonders hervorgehoben wird dabei die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft als „Kompass in der Zeitenwende“: nicht als bloße Wirtschaftsform, sondern als gesellschaftliches Versprechen auf Teilhabe, Verantwortung und Resilienz.

Vor diesem Hintergrund sieht sich der **CDU-Auslandsverband Schweiz** in einer besonderen Vermittlungsrolle: Die historisch gewachsene Nähe zwischen der Schweiz und Deutschland – wirtschaftlich, institutionell, wertepolitisch – bietet ein hohes Potenzial für gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. In der Verbindung schweizerischer Vermittlungskultur mit deutscher Ordnungspolitik liegt die Chance, ein tragfähiges Modell für verantwortungsvolle Governance, wirtschaftliche Vernunft und gesellschaftliche Pluralität zu entwickeln.

Diese schweizerisch-deutsche Partnerschaft kann als Erprobungs- und Gestaltungsraum für europäische Lösungen dienen, die Polarisierung überwinden, wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung versöhnen und demokratische Kultur im Alltag lebendig halten. Was es dazu braucht, sind politische Kräfte, die bereit sind, Verantwortung nicht nur zu reklamieren, sondern verbindlich zu übernehmen – getragen von einem klaren Wertefundament, europäischem Denken und dem Mut zur Gestaltung.

Buchempfehlungen:

Monika Bütler & Reiner Eichenberger (2022): Wie viel Staat braucht der Mensch? Perspektiven aus der Schweiz. Zürich: NZZ Libro.

Zwei profilierte Schweizer Ökonomen diskutieren anschaulich und Streitbar die Rolle des Staates in modernen Gesellschaften – zwischen Freiheit, Verantwortung und Ordnung. Besonders lesenswert in Bezug auf die schweizerisch-deutsche Ordnungsdebatte und die Rolle marktwirtschaftlicher Prinzipien im politischen Diskurs.

Wolfgang Streeck (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Eine kritische Analyse der Spannungen zwischen Kapitalismus, Demokratie und europäischer Integration – relevant für die Frage, wie soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt erneuert werden kann.

Michael von Prollius (2017): Wettbewerb und Freiheit: Eine Einführung in die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft. 2. Aufl., Berlin: Liberales Institut / Friedrich-Naumann-Stiftung.

Eine prägnante Einführung in Grundgedanken, Entwicklung und Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – anschaulich und praxisnah für wirtschaftspolitisch Interessierte.

Basel im Mai 2025.